

Sperrfrist 11.12.2023, 15.00 Uhr

HH-Rede Haushalt 2024

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Herr Kämmerer Schwarz,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Gäste der Stadtratssitzung,

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Lohse hielt für den damals zu beschließenden Doppelhaushalt 2015/2016 eine beachtenswerte Rede. Sie führte aus:

„Der vorliegende Haushaltsplan ist das Skelett einer Stadt. Er ist Ausgangspunkt urbanen Lebens und aus ihm heraus entwickeln sich städtische Angebote.“

Ich fragte damals, ob dieser optimistische Befund zutrifft und kam zu dem Ergebnis, dass das von Frau Dr. Lohse beschriebene Skelett „bereits seit langem in Salzsäure liegt und in Auflösung begriffen ist“.

Heute kann ich demgegenüber konstatieren, dass haushalterisch gesehen es kein „Skelett“ mehr gibt und es – entgegen der geäußerten Auffassung von Frau Dr. Lohse – haushalterisch keinen Ausgangspunkt urbanen Lebens mehr gibt. Ich möchte mich deshalb bewusst kurz fassen unter Verweis meiner bisherigen Haushaltsreden:

Unsere Stadt hat nur noch Pflichtaufgaben zu erfüllen. Es besteht kein Raum mehr für Selbstverwaltungsfreiheit, zumal unserer Stadt nicht einmal genug Gelder zur Verfügung gestellt werden, die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Auch weitere Gelder des Landes zur Tilgung von Liquiditätskrediten wird nicht dazu führen, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, stellen diese Gelder doch nur einen „Tropfen auf dem heißen Stein“ dar.

Allein die Landesregierung, insbesondere Herr Innenminister Ebling und seine Aufsichtsbehörde diktieren, was wir zu tun haben oder nicht. Vorgenannte machen die Genehmigung des Haushalts davon abhängig, dass Steuern erhöht werden. Diesen Forderungen kam der Rat in dieser wirtschaftlich krisengeschüttelten Zeit nach – was für eine Erpressung!

Wir Liberalen fragen uns daher, weshalb es deshalb noch eines Rats bedarf, wenn kein Geld für freiwillige Ausgaben mehr vorhanden ist und nur noch der Mangel von Mainz verwaltet werden kann.

Dies vorausgeschickt kann ich für die liberale Fraktion schon jetzt erklären, dass wir dem Haushalt 2024 ausnahmsweise zustimmen werden. Weiteren Haushaltsvorlagen werden wir aber nur dann zustimmen, wenn folgende Voraussetzungen geschaffen sind:

1. Wir Liberalen erwarten, dass sich die Stadt Ludwigshafen am Rhein gegen die Landesregierung und das Land Rheinland-Pfalz endlich wehrt. Wir erwarten, dass das Konnexitätsprinzip nicht weiter verletzt wird. Hunderte Millionen hat das Land Rheinland-Pfalz zur Erfüllung von Pflichtaufgaben nicht an die Stadt Ludwigshafen am Rhein gezahlt, weshalb sich das jährliche Defizit von Jahr zu Jahr erhöht. Dieses Geld wollen wir vom Land klageweise ersetzt erhalten. Wenn eine solche Klage nicht erhoben werden wird, werden wir weiteren Haushalten nicht mehr zustimmen, da sie nie „ausgeglichen“ sein können.
2. Die neu eingeführte Haushaltskonsolidierungskommission hat sich einer zeitraubenden und mühevollen Arbeit unterzogen. Hier wurden Vorschläge erarbeitet, allerdings wurde bis jetzt kein konkretes Feedback über die Ergebnisse und effektive Einsparungen mitgeteilt. Wir Liberale erwarten, dass dies umgehend geschieht. Weiterhin erwarten wir, dass die Haushaltskonsolidierungskommission keinen Einmaleffekt darstellt, sondern als kontinuierliches Instrument zur Optimierung und Verbesserung des Haushaltes etabliert wird/bleibt.
3. Im März 2023 wurde eine Sparliste erarbeitet, wonach ca. € 43,5 Millionen eingespart werden sollen. Bis heute konnte uns keine Auskunft gegeben werden, welche

Einsparungen in den Haushalt eingeflossen sind. Wir Liberalen erwarten, dass Einsparungen nicht nur in einer Liste aufgelistet werden, wir Liberalen erwarten, die beschlossenen Einsparziele haushalterisch umzusetzen und den Stadtrat hierzu entsprechend zu informieren. Dazu gehört auch, endlich die seit Jahrzehnten erwarteten Zuschüsse von ca. 7,5 Millionen an KiTa-Personalkosten vom Land einzufordern und entsprechende Anträge zu stellen.

4. Weiter erwarten wir als Liberale, dass uns konkret Auskunft gegeben wird, ob und mit welchem einsparenden Betrag die ca. 400 unbesetzte Stellen in der Verwaltung bei der Bestimmung des Haushalts berücksichtigt wurden. Da mittelfristig aufgrund des demografischen Wandels und der Unattraktivität des öffentlichen Dienstes mit einem drastischen Personalrückgang zu rechnen ist, muss endlich ein Konzept entwickelt werden, wie trotz dieser Widrigkeiten die Verwaltung weiter funktionieren soll. **Um Fit für die Zukunft zu sein, fordern wir deshalb wiederholt eine Neuausrichtung der Stadtverwaltung mit Fokussierung auf die Kernaufgaben, Prozessoptimierungen und Entbürokratisierung.**

Ich habe fertig!

Dr. Thomas Schell

Vorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion